



2026/05 Wirtschaft

<https://jungle.world/artikel/2026/05/eu-mercosur-abkommen-trendwende-verpasst>

Das Mercosur-Abkommen wirkt aus der Zeit gefallen

Trendwende verpasst

von **Roland Röder**

Alles sieht danach aus, dass die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten nach mehr als zwei Dekaden zum Abschluss kommen. In Zeiten des US-amerikanischen Protektionismus wirkt das Abkommen etwas aus der Zeit gefallen.

Nach einem 25jährigen Verhandlungsmarathon genehmigte der EU-Rat am 9. Januar, dass die EU das Freihandelsabkommen mit den Staaten des südamerikanischen Mercosur (Gemeinsamer Markt des Südens) – Brasilien, Argentinien, Bolivien, Uruguay und Paraguay – unterzeichnen dürfe. Das Abkommen könnte im März vorläufig in Kraft treten, so die *Wirtschaftswoche* am vergangenen Donnerstag.

In dieser Frage hatte eine Abstimmung im Europaparlament zunächst Unsicherheit erzeugt. Denn die Grünen hatten gemeinsam mit den rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräften in der EU für einen Antrag der linken Parteien gestimmt, das Abkommen vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) überprüfen zu lassen. Das löste begründete Befürchtungen aus, dass sich die Ratifizierung des Abkommens stark verzögern könnte. Umgehend entschuldigte sich einer der Europaabgeordneten der Grünen, Erik Marquardt, für das eigene Stimmverhalten und das seiner Parteigenossen und bezeichnete es als Fehler. »Wenn es schon vor der EuGH-Entscheidung im Parlament zu einer Abstimmung über die Ratifizierung kommen sollte, würden wir als deutsche Grüne dafür stimmen«, sagte er den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Eine Überprüfung durch den Gerichtshof könne auch nach der vorläufigen Annahme des Abkommens geschehen, dafür werde man sich einsetzen.

Die Geschichte des Abkommens ist lang: Eine erste Absichtserklärung gab es schon 1995, 1999 begannen die Verhandlungen. In den vergangenen drei Jahrzehnten interessierten sich meist nur Handelsexperten und die Sachwalter des »freien« Welthandels für das Abkommen. Öffentlich deutlich wahrnehmbare Proteste dagegen, beispielsweise von Bauern, gab es erst in den vergangenen Jahren. In Europa waren sie in Frankreich, Österreich, Italien und in Deutschland besonders stark.

Nach Angaben der Deutschen Industrie- und Handelskammer hätte das Abkommen hierzulande Auswirkungen auf rund 12.500 Firmen. Die versprechen sich erhebliche Handelserleichterungen.

Dabei ging es in der Regel um die agrarpolitischen Auswirkungen des Abkommens. In Frankreich blockierten wütende Bauern deswegen mit ihren Traktoren Anfang Januar 2016 sogar die Avenue de Champs Élysées in Paris. Vereinzelt gab es auch in Südamerika Kritik am Entwurf. So monierte der brasilianische Präsident Luiz Inácio »Lula« da Silva de facto wohl zu Recht, dass sein Land durch das Abkommen »zur ewigen Rolle des Rohstoffexporteurs verdammt« werde. Der Vertrag jedoch schließt alles ein, was handelbar ist, also auch Industrieprodukte.

Nach Angaben der Deutschen Industrie- und Handelskammer hätte das Abkommen hierzulande Auswirkungen auf rund 12.500 Firmen. Die versprechen sich durch den Wegfall oder die Reduzierung von Zöllen erhebliche Handelserleichterungen. Entsprechend gab es von staatlichen Stellen in Deutschland und seitens der Parteien wenig und bestenfalls verhaltene Kritik an dem Abkommen. Im EU-Rat wurde das Abkommen durch eine qualifizierte Mehrheit beschlossen (diese erfordert 15 Mitgliedsländer, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren). Frankreich, Polen, Ungarn, Irland und Österreich stimmten dagegen. Um Italien zur Zustimmung zu bewegen und damit die qualifizierte Mehrheit zu sichern, wurden leichte, eher kosmetische Korrekturen vorgenommen, die staatliche Interventionen ermöglichen, wenn der Preisverfall bei heimischen Agrarprodukten durch vermehrten Import aus den Mercosur-Staaten zu stark ausfallen sollte.

Marktwirtschaftliches Ziel ist es, mit dem Mercosur-Abkommen die weltweit größte Freihandelszone zu schaffen; sie würde über 700 Millionen Konsumenten umfassen. Die EU ist bereits der zweitgrößte Handels- und Investitionspartner der Mercosur-Staaten. Geopolitisch hat die EU bei dem Abkommen auch China im Blick, dessen Einfluss in Südamerika eingehegt werden soll. Ohne so geplant worden zu sein, steht das an der Freihandelsidee ausgerichteten Abkommen mittlerweile in Opposition zu dem vom US-Präsident Donald Trump favorisierten Zollprotektionismus und verspricht den Unterzeichnern ein bisschen mehr ökonomische Unabhängigkeit von den USA. Während die EU primär den Export industrieller Güter steigern möchte, versprechen sich die Mercosur-Staaten mehr Absatzmöglichkeiten für ihre Rohstoffe und Agrarprodukte.

Letztlich untergräbt das Mercosur-Abkommen soziale und ökologische Errungenschaften

Dabei hat der Deutsche Bauernverband durchaus recht, wenn er schreibt, »die Marktöffnung für landwirtschaftliche Produkte« begünstige »die Erzeuger in den Mercosur-Ländern«. Das liegt daran, dass es NGOs, Gewerkschaften und Bauerngruppen in der EU vereinzelt gelungen ist, dem ungehinderten Profitstreben im Agrarsektor und der allzu offensichtlichen Ausbeutung von Mensch und Boden rechtliche Einschränkungen aufzuerlegen, wie das Verbot bestimmter Pestizide oder auch die Einführung eines Mindestlohns. Jede dieser Regelungen, die das ungezügelte Wirtschaften beschränkt, schmerzt den Deutschen Bauernverband.

Letztlich untergräbt das Mercosur-Abkommen – ähnlich wie das vor Jahren gescheiterte Abkommen TTIP – soziale und ökologische Errungenschaften. Bei dieser Art von Freihandel gewinnt der, der am günstigsten produzieren kann und dem es gelingt, die realen Kosten für den Raubbau an Mensch und Natur zu externalisieren und eben nicht in den Preis einfließen zu lassen. Zurück bleiben ruinierte Böden und Menschen, denen selbst ein Achtstundentag wie ein unerreichbares Paradies erscheint. Da hilft es auch nicht, wenn in das Abkommen das eine oder andere Kapitel zur Nachhaltigkeit aufgenommen wurde, um die Kritiker zu besänftigen. Dieses

ökologische Zugeständnis bleibt wirkungslos, da es rein appellativen Charakter hat und bei Nichtbeachtung keine konkreten Sanktionen vorsieht.

Das Abkommen reiht sich ein in die lange Geschichte des ökonomischen Gefälles zwischen Europa und Südamerika. Während die einst kolonisierten Länder zumeist Rohprodukte liefern, findet deren Weiterverarbeitung und Wertschöpfung in den westlichen Ökonomien statt. »Die Mercosur-Länder sollen sich auf Agrarprodukte konzentrieren wie vor 500 Jahren«, beklagt Antônio Andrioli, Professor für Agrarökologie an der Bundesuniversität Südbrasilens (UFFS) und scharfer Kritiker des Abkommens. Die stark industrialisierten Staaten der EU versuchen, »mit einer stark auf Agrarprodukten basierenden Wirtschaft zu verhandeln und die Zölle abzuschaffen«. Die EU kann damit in Südamerika Wirkstoffe verkaufen, »die in der EU längst verboten sind: 44 Prozent der Pestizide, die in Brasilien eingesetzt werden, sind in Europa nicht zugelassen, als ob sie den Menschen bei uns nicht ebenso schaden würden wie denen in Europa«, so Andrioli.

Weltweit vorhandener Hunger Verteilungs- und kein Produktionsproblem

Die Proteste gegen das Abkommen in den EU-Staaten konzentrieren sich auf den Agrarbereich und verfolgen oft eine protektionistische Linie. Das übergeordnete kapitalistische Ganze wird dabei kaum in Frage gestellt. Die Appelle, die Bauern oder auch NGOs an die Regierungen richteten, basierten auf der Annahme, dass diese aus Mangel an Fachkenntnis die falschen Entscheidungen trafen. Entsprechend kam die berechtigte Kritik nicht über das Moralisieren hinaus.

So ganz nebenbei zeigt die Diskussion über das Mercosur-Abkommen aber noch etwas anderes: Wenn von 99.000 Tonnen Rindfleisch und sonstigen Fleisch- und Agrarprodukten die Rede ist, die zollfrei von Südamerika in die EU exportiert werden dürfen, dann verbietet es sich, einen Mangel an Nahrungsmitteln für den Hunger verantwortlich zu machen. Der weltweit vorhandene Hunger ist ein Verteilungs- und kein Produktionsproblem. Zumindest dies macht das Abkommen - ungewollt - deutlich.